

Für eine verantwortliche, humanitäre und geordnete Flüchtlingspolitik

Die Freien Demokraten bekennen sich zur humanitären Verantwortung unseres Landes, politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen Schutz in Deutschland zu gewähren. Gleichzeitig brauchen wir eine gesteuerte, arbeitsmarktbezogene Einwanderung. Jedoch wird die amtierende Bundesregierung dieser Aufgabe nicht gerecht. Im Gegenteil: Durch fehlende Steuerung und naive Kommunikation in einer globalisierten und digitalisierten Welt ist international der Eindruck entstanden, Deutschland habe eine Generaleinladung für alle ausgesprochen, die ein neues Leben beginnen wollen. Deutschland ist damit zur Projektionsfläche abertausender Träume geworden. Doch wird der „German Dream“ für viele bitter enttäuscht werden. Denn auch ein starkes und hochentwickeltes Land kann dauerhaft nicht 10.000 Menschen pro Tag aufnehmen.

Nur durch die überwältigende Hilfsbereitschaft Tausender Ehrenamtlicher kann das derzeitige Staatsversagen noch kompensiert werden. Dieser Zustand lässt sich jedoch nicht dauerhaft aufrechterhalten. Die Kommunen stoßen bei der Aufnahme immer neuer Flüchtlinge schon jetzt an ihre Grenzen. Das Land kommt mit der Registrierung, der ärztlichen Inaugenscheinnahme und der Impfung nicht mehr hinterher. Die Bundesregierung hinterlässt einen hilflosen und zerstrittenen Eindruck. Statt eines trotzigen „Wir schaffen das“ erwarten die Menschen in Deutschland ein klares Konzept, wie diese Flüchtlingskrise bewältigt werden kann. Denn wenn Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht werden will, brauchen wir dringend wieder Ordnung in der Flüchtlingspolitik. Ziel der Freien Demokraten ist es daher, mit einem Bündel an Maßnahmen die Zahlen deutlich zu reduzieren. Durch konzeptionelles Handeln wollen wir im Jahr 2016 etwa eine Halbierung der Zahlen des laufenden Jahres erreichen. Nur so können wir die notwendige Integration, die wir Flüchtlingen und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen schulden, auch gerecht werden.

1. Bessere Differenzierung nach Fluchtgründen und Schaffung eines Einwanderungsgesetzes

Zu einer systematischen Asyl- und Flüchtlingspolitik gehört eine Differenzierung nach den Fluchtgründen. Das Asylrecht für politisch Verfolgte gehört zur DNA des bundesdeutschen Rechtsstaats und muss unangestastet bleiben. Die weit größere Gruppe derer, die unseres Schutzes bedürfen, sind Kriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die in der derzeitigen Praxis ebenfalls ein individuelles und langwieriges Asylverfahren durchlaufen. Hier schlagen wir vor, diesen Flüchtlingen statt Asyl einen neuen Aufenthaltsstatus zu gewähren. Dieser Nationale Vorübergehende Humanitäre Schutz gilt befristet für die Dauer des Krieges. Die Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten nach präziser Identitäts- und Sicherheitsüberprüfung sofort diesen befristeten Aufenthaltsstatus, ferner Zugang zu Integrationskursen und eine direkte Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung. So erhalten sie die Chance, schneller auf eigenen Beinen zu stehen und das Flüchtlingsversorgungssystem zu verlassen. Ihr Asylverfahren ruht für die Zeit des vorübergehenden Schutzes. Ist der Krieg in ihrem Heimatland vorbei, sollen diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden und sich in die Gesellschaft integriert haben, im Rahmen eines neuen Einwanderungsgesetzes bleiben dürfen. Alle anderen müssen Deutschland dann wieder verlassen.

Mit diesem neuen Status ist die Botschaft verbunden, dass Deutschland zwar solidarisch hilft, aber kein automatisches Einwanderungsziel für alle Kriegsflüchtlinge sein kann. Darum ist in diesem Modell auch die Familienzusammenführung durch Befristung begrenzt.

Da der Nationale Vorübergehende Humanitäre Schutz von den kommunalen Ausländerämtern zuerkannt wird, entfällt für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Gerichte die inhaltliche Prüfung von nahezu der Hälfte aller Anträge. Das ist unbedingt notwendig, denn schon jetzt ist erkennbar, dass das BAMF auch mit dem beschlossenen Personalaufwuchs und allen organisatorischen Veränderungen den bereits seit 2008 auflaufenden Antragstau von mittlerweile etwa 500.000 unerledigten Fällen nicht bewältigen kann. Zwar müssen im Gegenzug die Kommunen personell und finanziell gestärkt werden. Insgesamt ergibt sich aber ein erheblicher Bürokratieabbau, der zur Beschleunigung der übrigen Asylanträge führen muss. Denn etwa die Hälfte der Bewerber hat keinen Anspruch auf ein Bleiberecht in Deutschland. Gerade weil die Anzahl der Kriegsflüchtlinge hoch ist, muss sich Deutschland auf ihren Schutz konzentrieren. Das bedeutet auch, dass diejenigen ohne Bleibeperspektive schnell in ihr Land zurückkehren müssen.

2. Verfahrensbeschleunigung, Rückführung und Überstellung nach Dublin III

Um die Verfahren zu beschleunigen und die Rückführung von Bewerbern ohne Bleiberecht zu erleichtern, schlagen die Freien Demokraten vor, Bewerber aus Ländern mit geringer Schutzquote nicht in die Kommu-

nen zu verteilen, sondern in großen Landeseinrichtungen unterzubringen. Durch die Anwesenheit von Außenstellen des BAMFs sowie von Richtern und Anwälten könnten die Verfahren erheblich beschleunigt werden. Die Rücküberführung in das Herkunftsland erfolgt dann direkt aus der Landeseinrichtung. Schon jetzt muss sichergestellt werden, dass Asylbewerber, deren Anerkennung im gerichtlichen Eilverfahren abgelehnt wurde, sofort ausreisen und die Kommunen nicht das langwierige Hauptverfahren abwarten. Nur durch kurze und umgehend vollzogene Verfahren wird in die Herkunftsländer das notwendige Signal gesendet, dass Deutschlands Kapazitäten endlich sind. Die durch den Nationalen Vorrübergehenden Humanitären Schutz erreichten zusätzlichen Kapazitäten beim BAMF sollten zudem dazu genutzt werden, damit zu beginnen die Dublin III-Fälle wieder in den Drittstaat zurückzuweisen, in dem zuerst die EU betreten wurde. Mit dieser konsequenten Anwendung des bestehenden Rechts kann Deutschland den Druck für ein neues europäisches Asylrecht erhöhen.

3. Für ein neues gemeinsames europäisches Asylrecht

Liberalen haben sich schon lange vor der aktuellen Krise dafür eingesetzt, dass die Dublin III - Vereinbarung umfassend reformiert wird. Denn Dublin III hat sich in der Krise nicht als praxistauglich erwiesen. Jetzt muss Deutschland den notwendigen Druck auf die europäischen Partner ausüben, um ein neues gemeinsames europäisches Asylrecht zu ermöglichen. Feste Verteilungsquoten müssen dabei eine faire Lastenverteilung innerhalb Europas sichern. Für Freie Demokraten sind Grenzzäune innerhalb Europas keine dauerhaft akzeptable Lösung. Sie können aber nur verhindert werden, wenn es gelingt, die Außengrenzen der EU umfassend zu schützen. Dies geht nur gemeinsam. Dazu muss Frontex entsprechend erweitert und ausgebaut werden. Im Grenzbereich zu den EU-Anrainerstaaten, aber auch in den Hauptherkunftsregionen sollen Hotspots zur Stellung von Asylanträgen für eine frühzeitige Registrierung und Strukturierung der Flüchtlinge bzw. Flüchtlingsbewegungen bereits vor Ort sorgen.

Schon jetzt könnte die EU für eine bessere Registrierung in den aktuellen Verfahren sorgen. Da nahezu sämtliche Flüchtlinge auf der Balkanroute derzeit in Serbien registriert werden, muss die EU in einem bilateralen Abkommen mit Serbien diese Daten austauschen. Bereits vorhandene Datensätze würden die Registrierung und Verfahrensabwicklung auch bei uns in Deutschland erheblich beschleunigen.

4. Bekämpfung von Fluchtursachen

Die Bekämpfung von Fluchtursachen darf nicht nur Bestandteil politischer Sonntagsreden bleiben. Die Gründe für eine Flucht nach Deutschland sind vielfältig und bedürfen differenzierter Betrachtung. Die größte Herausforderung liegt dabei außenpolitisch in der Eindämmung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Vor allem in Syrien muss versucht werden, durch Einbindung der unterschiedlichen Interessen dazu zu kommen, dass der IS zurückgedrängt und im Idealfall zerstört wird und gleichzeitig die staatlichen Angriffe gegen die eigene Bevölkerung ein Ende finden. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn zumindest Teile Syriens wieder befriedet werden könnten.

Anrainerstaaten Syriens wie die Türkei, Jordanien, Libanon und der Nordirak haben zwar vorbildliche erste Hilfe geleistet und Millionen Flüchtlinge aufgenommen, brauchen jetzt jedoch Unterstützung. Dabei sollte Deutschland keine Blanko-Schecks ausstellen, sondern auch auf Integrations- und Bildungsmaßnahmen drängen. So wäre es sinnvoll, wenn die Türkei zumindest regional in Grenznähe zu Syrien das Arbeitsverbot für Flüchtlinge aufheben würde. Zudem könnten mit dem Bau von Schulen zahlreiche Familien in der Region gehalten werden. Die europäischen Länder stehen zudem in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass die finanziellen Mittel für die Ernährung der Flüchtlinge in den Anrainerstaaten gesichert werden. Leider steigt auch die Migration aus Afghanistan. Etwa die Hälfte ist nach deutschem Recht schutzbedürftig. Hier muss Deutschland sowohl die Sicherheit, als auch Infrastruktur und ökonomische Perspektiven in Afghanistan weiter verbessern und beim Aufbau des Landes einen langen Atem haben.

Langfristig kann nur eine umfassende Entwicklungspolitik, die insbesondere jungen Menschen Chancen in ihren Herkunftsländern ermöglicht, die großen Wanderungsbewegungen stoppen.

5. Integration von Anfang an

Um die Unterbringung vor Ort weiterhin zu sichern, dürfen die Kommunen nicht von Bund und Land im Stich gelassen werden. Die Freien Demokraten wollen daher, dass der Bund als Verantwortlicher für die Asylver-

fahren auch die vollen Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge übernimmt. Derzeit kümmern sich Tausende Ehrenamtliche vor Ort um die Flüchtlinge. Dieses Engagement muss weiterhin wertgeschätzt und durch professionelle Strukturen noch besser unterstützt werden. Zudem sollten auch Flüchtlinge ihre Fähigkeiten (z.B. als Ärzte oder Lehrer) in die Arbeit vor Ort einbringen können.

Für diejenigen, die voraussichtlich dauerhaft in Deutschland bleiben werden, müssen wir entschlossen in Bildung und Integration investieren. Dabei sollten wir auch die Chancen von jungen, arbeitswilligen Menschen für eine alternde Gesellschaft nutzen. Sprachkurse müssen direkt in den Aufnahmeeinrichtungen beginnen und alle Hürden auf dem Weg in den Arbeitsmarkt - wie Arbeitsverbot und Vorrangprüfung - abgebaut werden. Fehler der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen. Jeder Monat, in dem Flüchtlinge zu Untätigkeit gezwungen sind, ist ein verlorener Monat – für die Flüchtlinge und auch für unsere Volkswirtschaft. Niemand, der seinen eigenen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestreiten kann, darf daran gehindert werden. Zudem ist der Arbeitsmarkt der beste Integrationsmotor. Daher brauchen wir auch ein neues „Bündnis für Integration in Arbeit“, um die bemerkenswerten Initiativen der Wirtschaft aufzugreifen.

Integration setzt die Bereitschaft voraus, die Spielregeln der Aufnahmegesellschaft zu akzeptieren. Darum muss immer selbstverständlich sein: In Deutschland wird die Rechtsordnung allein durch das Grundgesetz bestimmt. Die sich daraus ergebenden Grundregeln unseres Zusammenlebens müssen klar und konsequent kommuniziert und überall durchgesetzt werden. Auf unsere Gesetze kann es keinen Rabatt geben. Dies gilt umgekehrt auch gegenüber denjenigen, die schon seit Generationen in Deutschland leben, aber jede Nacht etwa durch Brandanschläge auf Flüchtlingsheime die offene Gesellschaft mit Füßen treten. Nur mit klaren rechtsstaatlichen Regeln lässt sich die offene Gesellschaft auch in einer angespannten Phase dauerhaft bewahren.